

## **Martin Haag**

**Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e. V.,  
Landesverband Baden-Württemberg**

**Mittwoch, 19. Februar 2025, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.**

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben den Rückblick auf das Jahr 2024 gehört: Die vergangenen zwölf Monate waren, genauso wie das Jahr 2023, für unsere Branche unterm Strich schlimm. Zwei Jahre in Folge mit Umsatzrückgängen, teilweise in den Teilbranchen mit extremen Einbrüchen – das hatten wir seit mehr als zwanzig Jahren nicht mehr.

### **Die Chemie- und Pharmaindustrie steckt in einer Krise.**

Und wir werden leider so schnell dort auch nicht herauskommen: In unserer aktuellen Unternehmensumfrage rechnen fast zwei Drittel unserer Mitgliedsunternehmen damit, dass die Umsätze auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Eine leichte Besserung erhofft weniger als ein Drittel.

Wir hören aus den Unternehmen: Es herrscht mehrheitlich Stagnation. Hinzu kommt, dass insbesondere im Inlandsgeschäft deutlich mehr Unternehmen mit weiter zurückgehenden Umsätzen rechnen. Noch klarer wird es beim Thema Umsatzrendite: Mehr als ein Drittel befürchten weitere Rückgänge. Weniger als die Hälfte hoffen, bei den Umsätzen das Niveau von 2024 halten zu können.

Das gleiche Bild sehen wir beim Thema Investitionen: Mehr als ein Drittel der Unternehmen fahren Investitionen zurück.

Wir stecken in einer Krise. Aber wir sind überzeugt davon, dass wir auch wissen, was uns – mindestens mittelfristig – darüber hinweghelfen kann.

Unsere Unternehmen sagen, dass drei Faktoren besonders negativ auf den wirtschaftlichen Erfolg, auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, einwirken:

**Da sind die zu hohen und wettbewerbsverzerrenden Kosten für den Bezug der für uns so wichtigen Energie.**

**Dann die Belastung durch zu viel und vielfach unnötige Bürokratie und Berichtspflichten.**

Und die steigenden Arbeitskosten. Sie steigen von uns nicht steuerbar besonders bei den Zusatzkosten, nämlich durch die weiter anwachsenden Sozialbeiträge.

Also: Wie kommen wir aus der Krise wieder raus?

Die Unternehmen müssen entlastet werden.

**Die Energiekosten müssen runter.** Deutschlandweit ist der Energieverbrauch unserer Branche zwar in den vergangenen Jahren gesunken. Einerseits ist das die Folge der schlechten Wirtschaftslage. Andererseits investieren unsere Unternehmen massiv, wo sie es können, um noch effizienter zu werden. Das tun die Unternehmen, die hier am Standort bleiben wollen oder bleiben müssen, weil sie keine Alternative haben.

Zahlreiche Unternehmen haben uns aber klargemacht: Sie reagieren auf die Energiepreise mit Produktionsverlagerungen, Stilllegungen und der Planung von neuen Produktionen dort, wo es günstigere Energie gibt. Genannt werden hier häufig China und die USA. Ganz konkret: Die Preis-Rückgänge seit den extremen Ausschlägen 2022 helfen nicht wirklich, wenn die Konkurrenten in den USA immer noch ein Viertel des Gas-

Preises haben, den wir hier in Europa zahlen müssen. Diesen Wettbewerbsnachteil können wir nicht ausgleichen.

Dasselbe gilt für Strom – die zweitwichtigste Energiequelle unserer Branche. Für die Großverbraucher – und das sind unsere Unternehmen vielfach nun einmal – sind die Kosten auch heute mehr als doppelt so hoch wie noch Anfang 2020. Der Strom, den unsere Unternehmen einkaufen müssen, ist immer noch deutlich teurer als beispielsweise der, den Unternehmen in Frankreich, Belgien oder Spanien beziehen können.

Ein Grund sind die hohen Netzentgelte. Ein weiterer die durchaus hohen Preise für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate. Und: Diese Preise werden noch steigen. Hier fehlt ein funktionierender Kapazitätsmarkt!

In diesem Zusammenhang möchte ich aber klarstellen: Wir machen seit Jahren nicht einfach „weiter so“. Wir werden unserer Verantwortung, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, gerecht. Die deutsche Chemiebranche liefert: Diese Emissionen sind um mehr als sechzig Prozent seit 1990 zurückgegangen. Die Produktionen sind effizienter geworden – der spezifische und auch der absolute Energieeinsatz unserer Branche ist zurückgegangen.

Wir tun etwas. Wir versuchen, konkret zu planen, mit niedrigeren Preisen. Allerdings muss sich hier auch einmal die Politik ehrlich machen: So schnell, wie wir günstigere Preise beim Energiebezug brauchen, können wir nicht auf Grünstrom ohne Ende warten.

Ein Vorschlag, der bereits länger auf dem Tisch liegt, ist der Industriestrompreis – und dieser Vorschlag gilt weiterhin.

Das zweite entscheidende Thema: Der **Aufwand für unproduktive und oft unnötige Bürokratie in unseren Unternehmen muss drastisch reduziert werden**. Das muss endlich Wirklichkeit werden!

Denn derzeit beziffert ein Drittel unserer Unternehmen den Anteil an Arbeitszeit für staatliche Berichts- und Dokumentationspflichten auf zwanzig Prozent oder mehr. Die Hälfte der Betriebe muss immer noch bis zu 15 Prozent der gesamten Arbeitszeit dafür aufwenden.

Das ist zu viel!

Wir haben unsere Unternehmen gefragt, was sie uns an Forderungen oder Empfehlungen für eine kommende Bundesregierung mitgeben wollen. Und dabei wird immer wieder, auch sehr konkret an Beispielen, genannt:

Die Politik soll nicht mehr nur über **Bürokratieabbau** reden, Kommissionen einberufen und Ideen sammeln, die dann nicht umgesetzt werden. Sondern die Regierung muss handeln. Und sie muss dort handeln, wo sie es kann: Hausgemachte unnötige Bürokratie muss in Berlin abgebaut werden! Und die neue Regierung muss sich, auch das klare Forderungen unserer Unternehmen, in Brüssel kompromissloser positionieren. Für weniger Bürokratie. Für mehr Eigenverantwortung.

Dazu haben wir auch Beispiele:

- Die Regelungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes müssen ausgesetzt werden – wie geplant. Denn deutsche Sonderwege sind nicht hilfreich, wenn eine europäische Lösung (das Lieferkettengesetz) ohnehin bereits da ist.

- Die CSRD – die Corporate Sustainability Reporting Directive – muss ohne Verschärfung, ohne deutsche Sonderwege auskommen. Es muss auch geregelt sein, dass doppelte Berichte zu vermeiden und Berichtspflichten innerhalb einer Konzernorganisation übertragen werden können. Mehrere gleiche Berichte auf unterschiedlichen Ebenen kosten massiv Ressourcen. Und zuletzt: Was ein Konzern leisten kann als Bericht, überfordert ein Kleinunternehmen oder einen Mittelständler. Hier müssen die Regeln angepasst werden! Denn eines ist klar: Ein Bericht wird erst mal geschrieben. Wenn wir Papier und Daten produzieren, wird kein Kilogramm CO2 eingespart und kein sozialer Standard verbessert.

Wir haben mit Erleichterung die aktuellen Signale aus Brüssel gehört – der „Clean Industrial Deal“ soll reparieren, was der „Green Deal“ an unsachgemäßen Belastungen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen gebracht hat. Noch wissen wir nicht, was die tatsächliche Umsetzung bringt. Der Wettbewerbskompass zeigt in die richtige Richtung. Aber die Brüsseler Mühlen mahlen bekanntlich extrem langsam.

Was wir aber jetzt eigentlich brauchen, sind schnelle Entlastungen. Daher gelten weiterhin unsere Forderungen an eine neue Bundesregierung: Schauen Sie auf die Wirtschaft! Tun Sie das, was für Wachstum notwendig ist! Und: Tun Sie es schnell!

Wir brauchen **die Förderung von nachhaltigen Zukunftsinvestitionen** – in der Privatwirtschaft. Steuerliche Anreize hier lohnen sich: Sie bringen Investitionen, Arbeitsplätze – und damit wieder mittelfristig Steuereinnahmen.

Dabei darf aber auch nicht vergessen werden, dass Forschung und Entwicklung nicht nur Geld kosten, sondern auch qualifizierte Köpfe benötigen. Auch hier kann der Staat schnell und unkompliziert helfen – mit der Erleichterung von Arbeitsgenehmigungen beispielsweise. Und auf Sicht mit einer gezielten Förderung von Qualifikationen und Ausbildungsstätten.

Was muss sein: **Mehr Flexibilität im staatlichen Handeln.**

Das funktioniert – das sehen wir im Regionalen, wenn unsere Unternehmen teilweise durch digitale Genehmigungsverfahren echte Beschleunigungen erfahren. Da ziehen das Umweltministerium mit den Regierungspräsidien und dem Verband der Chemischen Industrie an einem Strang. Das läuft gut!

Aber: Das sind leider noch Leuchttürme. Das muss Standard werden. Denn Genehmigungen, wenn es um neue Technologien geht, dauern immer noch viel zu lange. So haben sich beispielsweise die Kosten und die Dauer für die Genehmigung von Wasserstoff-Elektrolyseuren oder bei Leitungsnetzen extrem erhöht.

Hier muss, wenn Standortsicherung und Klimaschutz ernst genommen werden, das Einzelinteresse gegenüber dem Allgemeinwohl zurückstehen.

Dann können die langfristigen **Investitionen in „Zukunftsinfrastruktur“ umgesetzt werden:** Stromtrassen, Gas-Reservekraftwerke, Wasserstoff-Leitungen und der Ausbau von schnellen Datennetzen.

Lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen: Wenn wir weiterhin ein Industriestandort bleiben wollen, müssen JETZT ENDLICH die Weichen in Richtung Zukunft gestellt werden.

Die Zukunftsindustrien Chemie und Pharma haben den Kurs schon lange eingeschlagen. Aber: Sie brauchen auch die Gleise, um ihre Projekte erfolgreich ins Ziel zu bringen. Wenn Deutschland die Weichen nicht richtig stellt, dann werden unsere Unternehmen nicht hier investieren. Dann werden hier keine Arbeitsplätze gesichert. Dann werden hier in Zukunft immer weniger Steuern bezahlt.

Daher: **Wir brauchen den industriepolitischen Neustart.**

Wir sind eine Branche, die viel kann. Aber wir brauchen schnell klare Prioritäten

- für den Industriestandort Deutschland
- für ein Zukunftskonzept, das jetzt startet und lange wirkt

Die Verbände ChemieBW vertreten in Baden-Württemberg mehr als fünfhundert Unternehmen. Dort sind 113.500 Menschen beschäftigt – zu 90 Prozent in Unternehmen, die weniger als 500 Beschäftigte haben.

Warum ich das so betone? Wir stehen in Baden und in Württemberg für den innovativen Mittelstand. Aber auch für einen Mittelstand, der viel zu lange an den Standortproblemen gelitten hat. Das muss sich jetzt ändern – und dafür kämpfen wir.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!